

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.  
1947-1949  
1947**

50 (17.10.1947)

# DAS NEUE BADEN

ZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR SÜD- UND MITTELBADEN

Erscheinungstage: Dienstag und Freitag / Monatsbezug: Mk 1,60 einschl. Trägerlohn, durch die Post Mk 1,84 / Anzeigen nach Tarif gegen Kennkarten-Ausweis / Anzeigen- und Redaktionschluss Mittwoch und Samstag 16 Uhr

KREISAUSGABE

STADT UND LANDKREIS LAHR

Telefon: Verlag u. Redaktion Lahr 2365 / Postbankkonto: Deutsche Bank, Zweigst. Lahr / Kont. durch höh. Gewalt / Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr

Br. 4400  
Zierrungen  
ohne Gewähr

Parteitag der DP  
am 25./26. Oktober  
in Lahr (Schwarzwald)

NR. 50 / 1. JAHRG.

FREITAG, DEN 17. OKTOBER 1947

PREIS 20 PFENNIG

## Letzter Fink

Stuttgart. Die amerikanische Militärregierung hat als 6. Partei die am Mittwoch gegründete Arbeiterpartei zugelassen.

Rom. Der italienische Ministerpräsident strebt eine Veränderung seines Kabinetts an. In erster Linie soll das Außenministerium neu besetzt werden.

Washington. Präsident Truman stellt 50 Millionen Dollar zur Verfügung zwecks Abdeckung der durch Frankreich während der Besetzung amerikanischen Truppen gewährten Material- und Sachleistungen.

Washington. Der amerikanische Außenminister sprach am Mittwoch über die Lage in Europa. Er betonte die Hilfe für Europa, die, wenn sie nicht geleistet werde, den Untergang der westlichen Staaten bedeuten würde.

Rio de Janeiro. Brasilien erwägt gegenwärtig den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Rußland.

## Zwischen DIENSTAG u. DONNERSTAG

Deutschland: Insgesamt 16 Todesurteile wurden von bayerischen Gerichten seit Kriegsende gefällt. — Polen: Vertreter der amerikanischen Militärregierung in Deutschland trafen in Warschau ein, um die Handelsbesprechung der Bizone mit Polen fortzusetzen. Polen soll Lebensmittel im Austausch gegen Industrieerzeugnisse liefern. — Palästina: 8000 von insgesamt 11 000 in Palästina lebenden Arabern wollen Jerusalem verlassen. — Brasilien: Der brasilianische Außenminister hat bei der russischen Regierung wegen eines in der „Izvestia“ erschienenen Artikels Protest eingelegt. — Argentinien: Präsident Peron verlieh General de Lattre de Tassigny den „Befreiungsorden“, die höchste argentinische Auszeichnung.

## Saarländischer Landtag eröffnet

Saarbrücken. Im Beisein eines auserlesenen Kreises geladener Gäste und unter großem Interesse der Saarbevölkerung trat der neue saarländische Landtag zu einer feierlichen Eröffnungssitzung zusammen, auf der Gouverneur Grandval anwesend war. In seiner Begleitung befand sich General Lassus als Vertreter des Oberkommandierenden der französischen Besatzungsarmee, General Koenig. Unter den Ehrengästen sah man ferner den Vizepräsidenten des Rates der französischen Republik, den Präsidenten des Generalrates der Moselle, sowie mehrere Abgeordnete und hohe Beamte der angrenzenden französischen Departements.

Edouard Herriot, der Präsident der französischen Kammer, hatte an den Landesvorsitzenden der Christlichen Volkspartei, als der größten Partei des Saarlandes, Johannes Hoffmann, der im Lauf der Sitzung zum Präsidenten des Landtages gewählt wurde, folgendes Begrüßungstelegramm gesandt: „Anlässlich der Eröffnung des saarländischen Landtages richte ich an Sie meinen freundlichen Gruß, sowie Gratulation für die am 5. 10. erzielten Resultate. Werde die Arbeit Ihres Landtages mit lebhaftem Interesse verfolgen. Herzlichen Gruß, Herriot.“

Außerdem telegraphierte der Präsident des Rates der französischen Republik, Couve de Murville, wie folgt: „Drücke Ihnen mein tiefstes Bedauern darüber aus, der unter Ihrem Vorsitz stattfindenden historischen Einführungssitzung der gesetzgebenden Versammlung des Saarlandes nicht beiwohnen zu können. Bringe Ihnen meinen aufrichtigsten Wunsch für die Saarbevölkerung zum Ausdruck, die ihren Willen klar geäußert hat, als Glied der französischen Wirtschaft in Frieden zu arbeiten. Couve de Murville.“

## WELTNACHRICHTEN IN KÜRZE

Aegyptische Truppenverbände haben den Suez-Kanal überschritten, um in der Provinz Sinai stationiert zu werden. Das Hauptquartier der Verbände wurde in der Provinzstadt El Avich, 80 Kilometer von der palästinensischen Grenze entfernt, aufgeschlagen.

Der plötzliche Tod des Barons Dr. med. Henri de Rothschild im Alter von 75 Jahren wird aus Lausanne gemeldet, wo er seinen Wohnsitz hatte.

Sowjetische Gelehrte sprechen Marconi die Erfindung der Funktelegraphie ab. Die „Izvestia“ veröffentlichten einen von Radio Moskau wiedergegebenen Brief, in dem eine Reihe sowjetischer Gelehrter gegen die kürzlich in Italien durchgeführten Ehrungen Marconis protestierten. Sie sprechen dem Italiener die Urhebererschaft an der Erfindung der Funktelegraphie ab. Nach ihrer Behauptung gebührt dieser Ruf dem russischen Erfinder Alexander Stepanowitsch Popow.

## Unsere staatsrechtliche Stellung

Deutschland völkerrechtlich nicht geschäftsfähig

Heidelberg. Die dritte diesjährige Arbeitstagung der Heidelberger „Aktionsgruppe“ behandelte vor allem die völkerrechtliche Lage Deutschlands. In seinem Vortrag vertrat Professor Geiler die Meinung, daß Deutschland sich zur Zeit im völkerrechtlichen Status der „Occupatio Bellica“ befinde, das heißt, einer Besetzung unter kriegerischen Bedingungen. Der bekannte Tübinger Verfassungs- und Staatsrechtler Professor Karl Schmid erklärte, daß die Besatzungsmächte zur Zeit drei Funktionen in Deutschland ausübten, und zwar 1. die Besetzung, 2. eine Vormundschaft oder Treuhänderschaft, 3. die Vollziehung eigener Hoheitsakte auf deutschem Gebiet. Als Ergebnis der Diskussion über die völkerrechtliche Lage Deutschlands wurde eine Entschließung abgefaßt, in der u. a. gesagt wird: In der deutschen Verfassung muß zum Ausdruck gebracht werden, daß für Deutschland der Krieg kein Mittel der Politik ist. Jede Maßnahme, die dazu bestimmt ist, das Führen von Kriegen vorzubereiten oder zu ermöglichen, soll für verfassungswidrig erklärt werden. Nach den Erklärungen der Alliierten und auf Grund der vorliegenden Fakten ist festzustellen, daß Deutschland als staatliches Gebilde weiter besteht, und daß es seine völkerrechtliche Rechtssubjektivität nicht verloren hat. Es erlangt lediglich der völkerrechtlichen Geschäftsfähigkeit. Deutschland kann sich daher nach wie vor auf die Normen des kontraktuellen und gemeinen Völkerrechts berufen. Die Besatzungsmächte üben ihre Gewalt in Deutschland auf Grund einer Intervention aus.

deren Grenzen sie selbst abschließend in den von ihnen erlassenen Deklarationen des Jahres 1945 zum Ausdruck gebracht haben. Handlungen, die über diese Grenze Deutschland belasten, sind daher nicht vom Völkerrecht getragen.

Die „Aktionsgruppe Heidelberg“ diskutierte eine zukünftige deutsche Gesamtverfassung im Hinblick auf einen Bundesstaat bzw. Staatenbund. Wie Bürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg, Berlin, in seinem Hauptreferat ausführte, müsse eine zukünftige deutsche Gesamtverfassung demokratisch, leistungsfähig und billig sein. Die künftige deutsche Staatsform müsse eine Synthese zwischen Föderalismus und Zentralismus sein, in der die einzelnen Glieder durch organisch gewachsene Selbstverwaltungen zusammengefügt seien. Auf ein Staatsoberhaupt im repräsentativen Sinne dürfe nicht verzichtet werden. In der sich anschließenden Diskussion wurden Fragen teils technischer, teils organisatorischer Art erörtert.

In den wesentlichen Punkten der sich daraus ergebenden Resolution heißt es: 1. Wir halten eine föderalistische Verfassung, die irgend einen absorbierenden Zentralismus ausschließt, für die sowohl national wie international wünschenswerte Staatsform. 2. Wir halten es aber für eine gesunde deutsche Demokratie für unentbehrlich, daß ein vom Volk unmittelbar nach dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung gewähltes deutsches Gesamtparlament mit Gesetzgebungsbefugnis existiert, dem eine deutsche Gesamtregierung verantwortlich ist.

## Wirtschaftliche Mißstände in der Ostzone

Berlin. Verordnungen der deutschen Wirtschaftskommission für die sowjetische Besatzungszone wurden von den verantwortlichen Ministern von Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen überhaupt nicht weitergeleitet, wie bei den Verhandlungen der Kommission bekannt wurde, die in Berlin stattfand. Es handelt sich um die Verordnungen über die Brennstoffbelieferung an Wirtschaft und Bevölkerung. Ebenso haben die Reichsbahndirektionen die Verordnungen der Wirtschaftskommission ihren nachgeordneten Dienststellen nicht weitergeleitet. Zahlreiche Beamte hatten von den Verordnungen keine Kenntnis. Infolgedessen wurden im 3. Quartal 1947 nur 140 000 Tonnen Brikett an die Bevölkerung verteilt anstatt 200 000 Tonnen, die von der Wirtschaftskommission angedeutet waren, obwohl das Produktionsoll überfüllt und die Länder die entsprechenden Mengen erhalten hatten.

Die deutsche Wirtschaftskommission hat Maßnahmen zur Organisation einer Kontrolle durch staatliche Organe und durch das Volk angeordnet, nachdem der Generalsekretär der Wirtschaftskommission, Bruno Leuschner, festgestellt hatte, daß in keinem Lande der sowjetischen Besatzungszone seitens der Regierungen eine Kontrolle der Fertigung der Firmen stattfindet und auch der FDGB als Kontrollorgan versetzt hat. Zur Versorgung der Bevölkerung mit Textilien, Schuhen und anderen Gebrauchs-

gegenständen hat die Wirtschaftskommission eine einheitliche Erfassungs- und Verteilungsvorschrift für die sowjetische Besatzungszone ausgearbeitet. Die Zentralverwaltung für Industrie hat, wie im Laufe der Beratungen festgestellt wurde, noch immer keinen spezialisierten Produktionsplan über Art, Qualität, Menge und Größe der Gebrauchsartikel festgelegt.

Die Ausarbeitung eines solchen Planes war von Walter Ulbricht auf dem SED-Parteitag gefordert worden, um zu vermeiden, daß die Fabrikanten ihr Produktionsoll mit kleineren oder leichteren Größen, wie etwa Kinderschuhe statt Arbeitsschuhen, zu erfüllen versuchen. Die Wirtschaftskommission stellt ausdrücklich fest, daß keine zentrale Verwaltung und kein Land bestätigte Produktions- und Verteilungspläne abändern darf. Notwendig erscheinende Abänderungen sind bei der Wirtschaftskommission zu beantragen.

Die volkseigenen Betriebe sind als Anstalten öffentlichen Rechtes zu betrachten, die keiner Beeinflussung durch den staatlichen Haushalt unterliegen, wie die Wirtschaftskommission feststellt: die notwendige staatliche Aufsicht wird durch das „Amt für volkseigene Betriebe“ wahrgenommen, das als selbständige Abteilung im Wirtschaftsministerium jeden Landes zu errichten ist. Der Hauptverwaltungsrat besteht aus Vertretern der Regierung, des FDGB und der Fachleute der volkseigenen Betriebe.

## „Was bieten Sie dagegen?“

Gegenfrage antwortete: „Was bieten Sie dagegen?“

## Stahlproduktion in der US-Zone um 6,7 Prozent erhöht

Berlin. Die Stahlproduktion der amerikanischen Zone erreichte im September 28508 Tonnen gegenüber 26704 Tonnen im August, dies bedeutet eine Erhöhung von 6,7 Prozent. Mit dieser Zahl wurde die Höchstleistung seit Kriegsende erreicht. Die amerikanischen Sachverständigen glauben, daß die Stahlproduktion im Oktober 35 000 Tonnen erreichen wird. Nach Aussage des Leiters der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung, ist diese Produktionssteigerung auf den neuen Industrieplan der Bizone im Zusammenhang mit erhöhten Kohlenlieferungen zurückzuführen.

## Deutsche Journalisten in der Schweiz

Konstanz. Anlässlich der Eröffnung der „Olma“, einer Schweizer Messe für Land- und Milchwirtschaft in St. Gallen, trafen sich auf Einladung des ostschweizerischen Presseverbandes Pressevertreter aus dem deutschen und österreichischen Bodenseegebiet.

## Demontagen

G.A. Die Reduzierung der deutschen Industriekapazität bildete nicht nur in Jalta und Potsdam den Anlaß zu Diskussionen. Indem man einen Teil der deutschen „Kriegs“-Industrie zu demontieren oder zu zerstören beschloß, um dadurch die Wiedergeburt eines deutschen Militarismus von vornherein auszuschalten, haben weitsichtige Staatsmänner und Wirtschaftler heute angesichts der praktischen Durchführung und der sich jetzt schon deutlich abzeichnenden Auswirkungen längst erkannt, daß eine Revision erforderlich ist. Entscheidend hierbei sind auch die ständigen Zuschüsse, die von alliierten Steuerzahlern aufgebracht werden müssen, um ein deutsches Lebens- und Existenzminimum aufrechtzuerhalten. Korrigierungen sind teilweise schon erfolgt oder in Aussicht genommen. Wenn diese fast ausschließlich auf zentraler Basis geschehen, so liegt dies in der politischen Konstellation begründet.

Die kriegswichtige, für eine Friedenswirtschaft nicht notwendige, Produktion soll ausgeschaltet werden. Weitgehende Einschränkungen bei Industriezweigen, die wesentliche Hilfsmittel im modernen Krieg darstellen, sind vorgesehen. Kriegsindustrie und Friedensindustrie stehen einander gegenüber. Jedoch, wo ist die Grenze? Kann heute, im Zeitalter der Atombombe, der modernen Entwicklung von Technik, Physik und Chemie, überhaupt von einer Kriegs- oder Friedensindustrie gesprochen werden? Kann heute nicht jeder Industriezweig, selbst die Landwirtschaft, indem sie in den Dienst einer totalen Kriegführung gestellt wird, auch für den Krieg arbeiten? Es dürfte daher nicht absurd anmuten, wenn wir die These aufstellen, daß es eine solche Grenze heute nicht mehr gibt.

„Kriegspotential“ ist die Produktion und Reproduktion des menschlichen Lebens, definierte kürzlich Erich Wollenberg folgerichtig im „Echo der Woche“. Denn nicht die Atomenergie, nicht die Kohle und nicht irgendwelche chemischen Erzeugnisse machen den Krieg, sondern ausschließlich der Mensch. Von ihm allein, von seiner geistig-sittlichen Haltung, sind Krieg oder Frieden abhängig.

Einen „letzten Notruf“ zur Demontagefrage richteten die in der vorigen Woche zusammengekommenen Ministerpräsidenten der britischen Besatzungszone an die Alliierten, in dem sie für das deutsche Volk ein ausreichendes Industriepotential mit ausreichenden Exportmöglichkeiten forderten, damit sich Deutschland wieder selbst ernähren und in die Weltwirtschaft eingegliedert werden kann.

General Clay betonte jetzt erneut die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen und industriellen Wiederaufrichtung Deutschlands als unerläßliche Voraussetzung für den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, besonders im Hinblick auf die Bedeutung Deutschlands im europäischen Handelsaustausch. In Paris, London und Washington mehren sich Stimmen, die, wenn nicht eine Einstellung oder einen Aufschub, so doch eine Herabsetzung der Demontagen fordern.

Die angekündigte Demontageliste für die anglo-amerikanische Zone, deren Bekanntgabe für Donnerstag vorgesehen ist, sowie das gemeinsame Kommuniqué der britischen und amerikanischen Militärregierungen liegen beim Schreiben dieser Zeilen noch nicht vor. Wir sind jedoch überzeugt, daß hier den erwähnten Forderungen schon weitestgehend Rechnung getragen wurde. Niemand, der wirklich eine friedliche Welt aufbauen will, kann Interesse an einer wirtschaftlichen Stagnation im Herzen Europas haben. Es geht nicht darum, Deutschland gegenüber anderen Ländern, die ebenfalls schwer leiden mußten und noch leiden müssen, zu bevorzugen, sondern es geht einzig darum, ein verfallendes Glied Europas zu heilen, bevor der ganze Körper ansteckt. Ist jeder Tag, der hier verloren geht, bringt uns dem Anarchismus näher.

Eine intakte und arbeitsfähige deutsche Wirtschaft aber kann dem Wiederaufbau Europas wertvollste Dienste leisten. Erforderlich hierzu ist, daß man den natürlichen und gesunden Kräften einer freien Wirtschaft Entfaltungsmöglichkeiten gibt und sie sich nicht stauen, da sie sich sonst in der Stauung wieder verrotten müßten.

Nachdem Vertreter Italiens und Österreichs als Verhandlungspartner von den Vereinten Nationen anerkannt wurden, würden wir es auch für gerechtfertigt halten, bei den Beratungen über die Industriekapazität ebenfalls deutsche Sachverständige anzuhören. Wir halten diese Anregung für um so mehr begründet, als nicht mehr durch ihre Teil-





